

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

Band: 114 (1988)

Heft: 29

Rubrik: Bundeshuus-Wösch

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Im Schneckenhaus?

Einmal mehr hat sich der Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Friedens- und Sicherheitspolitik unseres Landes geäusser. «Eine weltoffene, aktive Aussenpolitik bildet einen wesentlichen Bestandteil einer umfassenden Sicherheitspolitik», schreibt die Landesregierung. Die Beteiligung der Schweiz am internationalen System sei nicht das Ergebnis einer Wahl, sondern eine Notwendigkeit. Recht haben sich nur, wie man solche Ideen Volk und Parlament beibringen kann. Nach den Nein zur Uno und zur Sozialcharta, aber auch nach der Einführung der Autobahnvignette und der Schwerverkehrsabgabe oder der Ablehnung jeglicher Schweizer Olympiapläne liegt der Schluss doch nahe, dass es uns Schwizer im eigenen Schneckenhaus am besten gefällt. Unter Schutz stehen die Weinbergschnecken in der Schweiz zwar schon lange, Europa- oder gar Weltweit haben das allerdings noch lange nicht alle gemerkt.

Gutes Timing

Gerade rechtzeitig hat der Bundesrat reagiert. Kaum hat der Nationalrat das Abkommen mit Australien akzeptiert, wonach Uran aus diesem Land als Rohstoff für unsere Atomkraftwerke bezogen werden darf, hat der Bundesrat geschaltet in Richtungendlagerung der radioaktiven Abfälle. Weil es sich um einen allgemeinen Vertrag handelt, der die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Nukleartechnologie regelt, hat der



Bundesrat an der letzten Sitzung vor den Ferien den dazugehörigen Beschluss auch gerade gefällt: Der «Auslieferungsvertrag zwischen der Schweiz und Australien» wurde gutgeheissen.

Förderband Paul Wyss

Am 13. März 1986 reichte Paul Wyss im Namen der FDP-Fraktion eine Motion ein, um Volksinitiativen zu hindern, im Förderbandsystem gleichlautende Regeln in Serie einzureichen. Auslöser waren die Tierschützer, die, kaum war Franz Webers Initiative in der Abstimmung vom Dezember 1986 gebodigt, stracks ein neues Begehren lancierten. Am 10. September 1986 antwortete die Landesregierung man wolle die Sache umfangreich prüfen. Der Vorstoss wurde entgegengenommen, doch es geschah weiter nichts. In der Folge zeigte sich auch, dass das Problem so gross auch wieder nicht ist. Die Tierschützer scheiterten nämlich mit der Unterschriftensammlung recht kläglich. Dafür scheint sich ein neues Problem anzubauen. Jenes, dass Parlamentarier im Förderbandsystem hintereinander gleichlautende Regelungen einreichen. Paul

Wyss hat seinen Vorstoss von 1986 am 22. Juni 1988 nämlich schon wieder eingereicht. Fehlt das Gedächtnis oder färben Praktiken anderer Initianten ab?

Bewegte Medienlandschaft

Der *Tages-Anzeiger*, so hieß es, steige ins Lokalradiowesen ein. Diese Verlautbarung ging synchron mit der Meldung, der schweizerische Medienbeamte Nummer eins, Armin Walpen, wechsle die Fronten und läuft in die Räume des Verlagshauses *Tages-Anzeiger* einspannen, woselbst er im Ressort neue Medien auch die Lokalradioprojekte zu betreuen habe. Während die Öffentlichkeit noch rätselte, welche Medienprojekte der *Tages-Anzeiger* wohl haben könnte, kam schlagartig eine neue Meldung aus dem Verlagshaus: Man steige jetzt bei Radio Grischia nichli ein, der Chefredaktor der *Bündner Zeitung* sei dagegen. Nun, Chef Stefan Bühler darf sich auf die Schnüter klopfen, mit ein paar Zeilen das gutrentierende Zürcher Unternehmen aus den Bergen verjagt zu haben. Nur: Was soll jetzt Armin Walpen tun? Bleibt er wohl doch in Bern?

Parlamentarierberater Keller

H. Anton Keller ist bekannt als Berater von Parlamentariern, wobei stets offenbleibt, in wessen Namen er eigentlich weielt. Sicher aber hat er sich gegen das Insidergesetz verschworen und scheut keine Mühe, das Werk von Bundesrat und Parlament zu diskreditieren, das am 1. Juli in Kraft gesetzt wurde. Nicht müde wird er zu behaupten, das Gesetz müsse aufgehoben werden, weil doch dagegen das Referendum ergriffen worden sei. Nur: Das Zustandekommen des Referendums war um rund 49 980 Stimmen verfehlt worden, und auch das Kantonsreferendum scheiterte kläglich, es machte nämlich kein einziger Kanton mit. Dennoch will jetzt Keller sogar vor Bundesgericht streiten. Fortsetzung folgt.

Hubacher in Moskau

Es sei jetzt eine Normalität, nach Moskau zu reisen, meinte Helmuth Hubacher nach seiner Rückkehr vor der Bundeshauspresse. Klar, nachdem sogar Peter Sager und alt Bundesrat Rudolf Friedrich sich die Perestroika erläutern liessen, durften ruhig auch unsere Sozialdemokraten hingehen. Oder fühlt man andere Gemeinsamkeiten? Gorbatschow plant ja einen Abbau der im Laufe der Geschichte gestiegenen Allmacht der Partei im Land. Bald ist man dort wieder soweit, wie man 1917 nach der Oktoberrevolution war. In der Schweiz ist das ähnlich. Nach den letzten Nationalratswahlen sind die Sozialdemokraten stärkemässig auch wieder dort, wo sie 1919 waren.



Die neue(n) Polizeistreife(n)